

HAZ 11.09.07, S.1

Bündnis fordert neue IGS

Hannover: Ein Bündnis aus SPD, Grünen, Die Linke, Gewerkschaften, Eltern und Schülern will sich für eine neue Gesamtschule einsetzen. Kritisiert wird das Neugründungsverbot. Seite 16

Bündnis fordert neue Gesamtschule

Eltern, Gewerkschafter, SPD, Grüne und die Linke gründen Initiative

VON BARBEL HILBIG

Ein breiter Zusammenschluss verschiedener Organisationen und Persönlichkeiten will sich für die Gründung einer neuen Integrierten Gesamtschule in Hannover einsetzen. „Pro Jahr wurden in der Vergangenheit die Wünsche von rund 200 Elternpaaren nicht berücksichtigt, die ihre Kinder an hannoverschen Gesamtschulen anmelden wollten. Das ist ein Skandal“, sagt Edith Tötches vom Vorstand des Arbeitskreises Gesamtschulen des Stadtelternrates. Alexander Brandenburg, ebenfalls im Vorstand des Arbeitskreises, betont, Gesamtschulen könnten Kinder aus bil-

dungsfernen Schichten besonders gut fördern.

Das gestern gegründete Bündnis fordert, den Elternwillen zu respektieren, das Neugründungsverbot für Gesamtschulen aufzuheben und eine neue IGS zu eröffnen. Zu dem Bündnis „Neue IGS – Jetzt!“ gehören rund 20 Einzelpersonen, darunter Wolfgang Jüttner, SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Walter Meinhold, Chef der SPD Hannover, Ina Korter, schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der Grünen, sowie verschiedene Erziehungswissenschaftler und Gewerkschafter. Neben verschiedenen Orts- und Kreisverbänden des Deutschen Gewerkschafts-

bundes (DGB), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), IG Metall, Transnet und ver.di engagieren sich auch die Stadtverbände von SPD und Grünen, die Ratsfraktion der Grünen, der Kreisverband Die Linke, der Arbeitskreis Gesamtschulen des Regions- und Stadtelternrates sowie die Schülervertretung der IGS Roderbruch für die neue Schule.

Das Kultusministerium verweist darauf, dass das Neugründungsverbot für Gesamtschulen im niedersächsischen Schulgesetz verankert ist. Der Kultusminister müsse sich gesetzestreu verhalten. „Wer die Situation verändern will, muss durch die Parteien im Landtag ei-

ne Gesetzesänderung herbeiführen“, sagt Georg Weßling, Sprecher des Kultusministeriums. Dafür zeichne sich allerdings keine Mehrheit ab: Das Thema sei bereits zweimal ohne Änderung der Ausgangslage diskutiert worden. Es gebe gute Gründe für ein Neugründungsverbot. „Das, was wir im Moment angesichts der vielen Änderungen in der Schullandschaft am wenigsten gebrauchen können, ist eine neue Schulstrukturdebatte“, sagt Weßling. Der Ministeriumssprecher verweist auf die Möglichkeit, bestehende Gesamtschulen auf bis zu acht Züge zu erweitern. „Das Ministerium genehmigt außerdem neue Oberstufen an Gesamtschulen.“

HAZ
11.09.07
S.16